

# Antrag Nr. 1

## Antrag an die Delegiertenversammlung am 14.03.2019

Antragsteller: Ortsvorstand

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Hanau-Fulda möge beschließen, folgenden Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall zu stellen:

**„Gewerkschaftspolitik ist Friedenspolitik“**

**Der Gewerkschaftstag möge beschließen:**

Gewerkschaftspolitik muss immer auch Friedenspolitik sein. Die IG Metall tritt deshalb gegen jegliche Erhöhung der Rüstungslasten ein. Sie erteilt der Forderung nach Steigerung des Wehretats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wie sie von der US-Regierung, der NATO und von der Bundesregierung gefordert wird, eine entschiedene Absage. Sie schließt sich deshalb der Kampagne „Abrüstung statt Aufrüstung“ an, unterstützt die Ostermärsche und weitere Aktionen der Friedensbewegung.

Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass der DGB sich aktiv in den Kampf um Frieden und Völkerverständigung einbringt, u.a. unter aktiver Mitarbeit in der bundesweiten Friedensbewegung wie dem Bundesausschuss Friedensratschlag.

Die IG Metall muss sich stärker als bisher als Teil der Friedensbewegung positionieren. Die IG Metall muss öffentlich Stellung gegen die Propagierung des Krieges als Mittel der Politik, die Militarisierung der Gesellschaft, die Reaktivierung alter Feindbilder und die faktische Aufkündigung der mühsam erarbeiteten Friedensordnung in Europa nach dem zweiten Weltkrieg beziehen.

Dabei wendet sich die IG Metall sich gegen jegliche Politik, die das friedliche Zusammenleben der Völker und Staaten gefährdet. Hass war schon immer zum Schaden und Leid der arbeitenden Menschen. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zu Russland. Zwei verhängnisvolle Kriege mit Millionen von Toten zeigen, dass eine Politik der militärischen und politischen Konfrontation nur in eine Katastrophe führen kann. Deshalb ist eine Wiederbelebung der Entspannungspolitik das Gebot der Stunde. Zum friedlichen Zusammenleben, gegenseitigem Handel und vertrauensbildenden Maßnahmen gibt es keine vernünftige Alternative.

Auf der ganzen Welt, werden Kriege zum Teil mit direkter deutscher Beteiligung geführt. Über diese gefährliche Entwicklung muss die IG Metall als Teil der Friedensbewegung ihre Mitglieder aufklären und mobilisieren:

- gegen den Umbau der Bundeswehr zu einer international operierenden Interventionsarmee
- gegen die Militarisierung der Gesellschaft
- für den Rückzug der Bundeswehr aus den aktuellen weltweiten Einsätzen
- für eine gesellschaftliche Ächtung des Krieges und von jeglichem Militarismus

Die IG Metall wird jeglichen Vorhaben zur weiteren Militarisierung der Gesellschaft entgegentreten. Besonders junge Menschen müssen dem Zugriff des Militärs entzogen werden. Deshalb wendet sie sich entschieden gegen Auftritte der Bundeswehr an Schulen, bei der Berufsberatung und bei Bildungsmessen. Die Rekrutierung von Minderjährigen muss sofort eingestellt werden.

Die IG Metall wird im Sinne dieser Vorstellungen und Forderungen auch ihre Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen intensivieren.

# Antrag Nr. 1

56 **Begründung:**

57

58 Gewerkschaftliches Engagement muss immer auch Einsatz für den Frieden und  
59 Verständigung unter den Völkern sein. Diesen Grundsatz gilt es wieder verstärkt in unsere  
60 tägliche Arbeit einzubeziehen. Dies gilt für alle Ebenen vom Vorstand über die Bezirke bis  
61 hin zu jeder Geschäftsstelle. In einer Zeit, in der die internationalen Spannungen und damit  
62 die Kriegsgefahr extrem zunehmen, kommt uns Gewerkschaften eine große Verantwortung  
63 zu, der wir gerecht werden müssen.

64 Nach wie vor ist die Losung der Friedensbewegung gültig: „**Frieden ist nicht alles - aber**  
65 **ohne Frieden ist alles nichts**“. Wir Gewerkschafter sind aufgefordert, unseren Beitrag dazu  
66 zu leisten.

67